Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Augsten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit

BSE-Tests in Thüringen - Wirksamkeit, Kosten, Perspektive

Die **Kleine Anfrage 1084** vom 1. Dezember 2010 hat folgenden Wortlaut:

Zehn Jahre nach dem ersten bestätigten BSE-Fall in Deutschland stellt sich die Frage nach der Effektivität der eingeleiteten Maßnahmen ebenso wie die nach möglichen Konsequenzen für die Zukunft (z. B. Aufheben des bestehenden Tiermehlverfütterungsverbotes).

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Effizienz der im Jahr 2000 eingeleiteten Maßnahmen zur Bekämpfung des drohenden BSE-Seuchenzuges?
2. Wie viele BSE-Tests wurden in Thüringen seit Beginn der gesetzlich vorgeschriebenen Testung durchgeführt? Mit welchem Ergebnis? Welche Maßnahmen wurden für den Fall eines positiven Tests ergriffen?
3. Wie hoch waren/sind die jährlichen Gesamtkosten für die Untersuchungen? Wie und durch wen erfolgte/erfolgt die Finanzierung der Tests? In welchem Umfang wurden/werden Landesmittel eingesetzt? Arbeiten die Test-Labore in diesem Bereich kostendeckend? Gibt es Vorstellungen zu Änderungen in der Finanzierung? Wenn ja, welche?
4. Sieht die Landesregierung angesichts der aktuellen Situation (siehe Fragen 1 und 2) Änderungsbedarf bei den derzeitigen Regelungen? Ist aus Sicht der Landesregierung in Bezug auf Aufwand und Kosten der BSE-Untersuchungen die Verhältnismäßigkeit zu anderen Problemstellungen in der Lebensmittelüberwachung gegeben?
5. Welche strategischen Überlegungen stellt die Landesregierung bei der Entwicklung der Lebensmittelhygieneuntersuchung in Thüringen im Allgemeinen und in der BSE-Bekämpfung in Besonderen an? In welchen Bereichen der Lebensmittel-Hygiene oder Lebensmittel-Sicherheit besteht nach Auffassung der Landesregierung Bedarf für eine Intensivierung von Beprobungen und Untersuchungen? Wie soll die Finanzierung erfolgen?

Das **Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 11. Februar 2011 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Die gemeinschaftsweit getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der BSE haben sich aus Sicht der Landesregierung als effizient erwiesen.

Die Bekämpfungsmaßnahmen waren von Beginn an auf zwei Ziele ausgerichtet: die Verhinderung der weiteren Ausbreitung der BSE und den Schutz der Verbraucher vor möglicher Übertragung der BSE auf den Menschen.

Beide Ziele sind bisher erreicht worden. Die Zahl der bestätigten BSE-Fälle ist in den letzten 10 Jahren stark rückläufig. Während im Jahr 2001 in Deutschland 125 BSE-Fälle (EU: 2 167 Fälle) auftraten, gab es in den Jahren 2008 und 2009 jeweils nur noch zwei Fälle in Deutschland (EU 2009: 67 Fälle) und im Jahr 2010 keinen BSE-Fall. In Deutschland trat bisher kein Fall der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Erkrankung (vCJK) auf. Dies kann auf die umfangreichen Kontroll- und Sicherheitsmaßnahmen zurückgeführt werden.

Zu 2.:

Seit Beginn der gesetzlich vorgeschriebenen Testung im Jahr 2001 bis einschließlich 2010 wurden in Thüringen 558 135 BSE-Tests bei geschlachteten und verendeten Rindern durchgeführt. Bei sieben Rindern (sechs verendete Rinder; ein geschlachtetes Rind) wurde BSE festgestellt. Die Maßnahmen im Falle der Feststellung von BSE bei einem Rind richten sich nach dem geltenden Gemeinschaftsrecht¹⁾ und werden von der zuständigen Behörde unverzüglich veranlasst. Zur Durchführung des Gemeinschaftsrechts wurden die TSE-Überwachungsverordnung²⁾ und die BSE-Untersuchungsverordnung³⁾ sowie landesrechtliche Verwaltungsvorschriften⁴⁾ erlassen, aus denen die zu treffenden Maßnahmen im Detail hervorgehen.

Zu 3.:

Die Gesamtkosten für die BSE-Untersuchungen im Thüringer Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz (TLLV) betragen im Zeitraum von 2001 bis 2010 knapp acht Millionen Euro.

Die jährlichen Kosten, die auch die Untersuchungen bei Schafen und Ziegen einschließen, betragen:

Jahr	Untersuchungskosten, gesamt *
2001	932 300
2002	1 063 500
2003	1 039 100
2004	1 063 300
2005	792 100
2006	671 600
2007	653 300
2008	619 800
2009	577 800
2010	568 900

* auf volle Hunderterbeträge gerundet

Die Untersuchungskosten für das BSE-Überwachungsprogramm bei verendeten Tieren werden grundsätzlich vom Land getragen.

Die Kosten für die BSE-Untersuchungen der geschlachteten Rinder haben die Schlachthöfe zu tragen. Die Kostenerhebung beruht auf Artikel 27 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 882/2004⁵⁾ und ist in der Thüringer Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit geregelt.

Da das Programm zur Überwachung der transmissiblen spongiformen Enzephalopathien (TSE) und zur Tilgung der BSE sowie der Traberkrankheit in Deutschland von der Europäischen Kommission genehmigt ist, beteiligt sich die EU an der Finanzierung. Die finanzielle Beteiligung der EU beträgt 100 Prozent für die

¹ Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 mit Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien (ABl. L 147 vom 31.5.2001, S. 1) in der geltenden Fassung

² TSE-Überwachungsverordnung vom 13. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3631) in der geltenden Fassung

³ BSE-Untersuchungsverordnung in der Fassung vom 18. September 2002 (BGBl. I S. 3730) in der geltenden Fassung

⁴ TSE-Erlass Tierseuchenschutz vom 15. Dezember 2004 (ThürStAnz Nr. 2/2005 S. 68)
ThürVV-Fleischhygienerechtliche BSE-Vorschriften vom 8. Juli 2009 (ThürStAnz Nr. 31/2009 S. 1321)

⁵ Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz (ABl. L 191 S. 1)

Schnelltests, aktuell bis maximal acht Euro je Test. Die Gebühr für den BSE-Test bei geschlachteten Rindern wird gegenüber den Schlachthöfen um diesen Kofinanzierungsbetrag der EU ermäßigt. Die Gebühreneinnahmen und die Kofinanzierungsbeträge der EU decken den größten Teil der Kosten (Personalkosten, Kosten für Verbrauchsmaterial) ab. Die darüber hinaus anfallenden Gemeinkosten (z.B. Bewirtschaftung des Laborgebäudes, Verwaltung des TLLV) lassen sich nicht anteilig für die BSE-Untersuchungen beziffern. Sie werden vom Land getragen. Eine Änderung der Finanzierung ist nicht beabsichtigt.

Zu 4.:

Die Maßnahmen zur TSE-Bekämpfung sind auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Bewertung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Überwachungsprogramms ständig zu prüfen, wobei Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz oberste Priorität haben müssen. Dieser Prozess wird im Rahmen der Mitwirkung an der Gesetzgebung soweit möglich von der Landesregierung begleitet.

Die Frage der Verhältnismäßigkeit zu anderen Problemstellungen der Lebensmittelüberwachung stellt sich nicht, da die BSE-Untersuchung im derzeitigen Umfang aus Vorsorgegründen durch Gemeinschaftsrecht vorgeschrieben ist und die Kosten nahezu vollständig durch Gebühren und EU-Kofinanzierung abgedeckt sind. Im Falle niedrigerer BSE-Untersuchungszahlen aufgrund einer geänderten Risikobewertung und daraus folgender Rechtsänderung würden keine zusätzlichen Finanzmittel für die Durchführung anderer Untersuchungen frei.

Zu 5.:

Die Arbeitsweise der amtlichen Lebensmittelüberwachung regelt sich nach den Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 882/2004, die durch die AVV Rahmen-Überwachung näher ausgeführt sind. Danach erfolgen die Überwachungsmaßnahmen risikoorientiert, wobei unter Risiko das der gesundheitlichen Gefährdung des Verbrauchers verstanden wird. Die Ausrichtung nach dem tatsächlichen Risiko gilt sowohl für die Betriebskontrollen als auch für die Probenahme und Untersuchung von Lebensmitteln. Auf neu aufgedeckte Risiken wird durch regelmäßige Bewertung und Einarbeitung in das Überwachungskonzept reagiert. Die Bearbeitung spezifischer Fragestellungen erfolgt insbesondere im Rahmen von bundesweiten Überwachungsprogrammen. Durch länderübergreifende Untersuchungsprogramme können Daten in einem Umfang erhoben werden, der es gestattet, aufgetretene Probleme sachgerecht zu bewerten. Darüber hinaus werden für Thüringen jährliche Überwachungsschwerpunkte festgelegt. Derzeit besteht kein Anlass, an dieser Überwachungsstrategie grundlegende Änderungen vorzunehmen.

Die Finanzierung der Lebensmitteluntersuchungen erfolgt aus dem Haushalt des TLLV (Einzelplan 08 Kapitel 0834). Die durch die EU initiierten Untersuchungsprogramme werden in der Regel durch eine Kofinanzierung der EU unterstützt.

Überlegungen hinsichtlich der BSE-Untersuchung erübrigen sich insofern, als die Untersuchungen durch Gemeinschaftsrecht vorgeschrieben und in ihrem Umfang nicht beeinflussbar sind. Auf die Antwort zu Frage 4 wird verwiesen.

Taubert
Ministerin